

Niederschrift

über die in der 06. Sitzung des Kreisausschusses am 19.03.2015 im Prinz-Moritz-Saal des Kreishauses in Kleve (Raum E.159) gefassten Beschlüsse

Beginn der öffentlichen Sitzung : 14:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung : 15:02 Uhr

Beginn der nichtöffentlichen Sitzung : 15:02 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung : 15:02 Uhr

anwesend sind

Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Düllings, Paul	Issum
Mulder, Andy	Kleve
Schmidt, Gabriele	Kleve
Schreiber, Adolf	Goch
Selders, Hannes	Kevelaer
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Eicker, Sigrid	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen	Kranenburg
Vopersal, Jörg	Kevelaer
Prof. Dr. Klapdor, Ralf	Uedem
Dr. Prior, Helmut	Kleve
Sickelmann, Ute	Emmerich am Rhein
Heinricks, Michael	Kerken

beratendes Mitglied

Reuter, Tim Geldern

entschuldigt sind

Wucherpennig, Brigitte	Kleve
Natrop, Mathias	Kranenburg
Severin, Rainer	Kleve

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Boxnick, Zandra
Suerick, Wilfried
Reynders, Rudolf
Jansen, Christoph
Keuken, Ruth
Lamers, Monika

als Schriftführerin

Windmüller, Christina

- - - - -

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist.

Über Ort, Zeitpunkt und Tagesordnung der Sitzung hat der Landrat die Zeitungs-, Hörfunk- und Fernsehredaktionen im Kreis Kleve zur Unterrichtung der Öffentlichkeit hingewiesen. Die Tagesordnung hing in den Dienstgebäuden in Kleve und Geldern aus.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Nachgereichte Unterlagen:

- Wahlvorschlag CDU-Fraktion vom 17.03.2015 zu TOP 1 "Ersatzwahl; hier: Schul- und Kulturausschuss und Betriebsausschuss Rettungsdienst"
- Ergänzungsvorlage Nr. 217c/WP14 zu TOP 2 "Reaktivierung der Schienenverbindung von Kleve nach Nijmegen" nebst Antrag der CDU und FDP vom 17.03.2015
- Ergänzungsvorlage Nr. 187b/WP14 zu TOP 3 "Regionalplan Düsseldorf (RPD); Stellungnahme des Kreises Kleve zum Entwurf" nebst Antrag der SPD-Fraktion vom 17.03.2015

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Auf die Frage an die Kreisausschussmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Wortmeldung.

- - - - -

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|----|---|------------------------------------|
| 1. | Ersatzwahl;
hier: Schul- und Kulturausschuss und Betriebsausschuss Rettungsdienst | 223/WP14 |
| 2. | Reaktivierung der Schienenverbindung von Kleve nach Nijmegen;
1. Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP vom 25.11.2014
2. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 04.12.2014
3. Ergänzungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 05.03.2015
4. Gemeinsamer Ergänzungsantrag der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP vom 17.03.2015 | 217/WP14
217b/WP14
217c/WP14 |
| 3. | Regionalplan Düsseldorf (RPD);
Stellungnahme des Kreises Kleve zum Entwurf | 186/WP14
186b/WP14 |
| 4. | Anpassung von Landschaftsplänen des Kreises Kleve an kommunale Bauleitplanungen im Zusammenhang mit der Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergie;
Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 10 - Weeze
Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 11 - Kevelaer
Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 12 - Geldern/Walbeck
Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 14 - Straelen/Wachtendonk | 183/WP14 |

5. Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 4 - Rees; 184/WP14
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees (50. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Rees und Bebauungsplan HM 19 "Nördlich der Deichstraße")
6. Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 15: Kerken/Rheurd; 198/WP14
Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Kerken (35. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Kerken - St. Huberter Straße)
7. Mitteilungen
8. Anfragen

Nichtöffentliche Sitzung

9. Mitteilungen
10. Anfragen

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 223 /WP14

Ersatzwahl;

hier: Schul- und Kulturausschuss und Betriebsausschuss Rettungsdienst

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

In der Nachfolge für den sachkundigen Bürger Manfred Lorenz wird Herr Ludger Hendriks als stellvertretendes Mitglied in den Schul- und Kulturausschuss gewählt. Herr Franz-Josef Draack wird als stellvertretendes Mitglied in den Betriebsausschuss Rettungsdienst gewählt.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 217 /WP14
Vorlage Nr. 217b/WP14
Vorlage Nr. 217c/WP14

Reaktivierung der Schienenverbindung von Kleve nach Nijmegen;

1. Gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP vom 25.11.2014
2. Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 04.12.2014
3. Ergänzungsantrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 05.03.2015
4. Gemeinsamer Ergänzungsantrag der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP vom 17.03.2015

Landrat berichtet von der Beschlussempfehlung im Fachausschuss: zu Ziffer 1: einstimmig, zu Ziffer 2: mehrheitlich bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen und zu Ziffer 3: mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen. Die Ziffer 4 werde erstmalig zur Abstimmung gestellt.

KTM Prof. Dr. Klapdor bringt seine Freude über die Zustimmung zum Anliegen seiner Fraktion zur Reaktivierung der Schienenverbindung zum Ausdruck. Es gehe nicht nur darum, dass man einfacher nach Nijmegen gelangt. Die Verlängerung habe auch strategische Bedeutung und werte die Bahnstrecke insgesamt auf. Die Bahnstrecke sei nur einspurig und dort bestehe immer die Gefahr, dass etwas außer Takt gerät. Die Diskussion habe für den gesamten Kreis eine Bedeutung. Der ursprüngliche Antrag sei absichtlich schlank gehalten worden. Jeder habe andere Vorschläge. Es sei wichtig, dass die Gespräche mit den Anrainern geführt werden und diese Gespräche nicht mit zu vielen Vorschlägen belastet sind. Der Landrat sei Ansprechpartner und nehme die Aufgabe an. Der Ergänzungsantrag sei gestellt worden, da mit der Reaktivierung der Schienenverbindung nicht kurzfristig gerechnet werden könne. Die vorhandene Schnellbuslinie solle attraktiver gemacht werden, indem sie über die Centraal Station hinaus bis zur Radboud Universität verlängert wird.

KTM Dr. Prior erklärt, dass der Nachtrag zum Antrag sinnvoll sei. Die Radboud Universität liege im Grunde auf dem Weg zur Centraal Station. Die Streckenführung, die hier projiziert sei, sei erst Bahnhof und dann Universität und nicht umgekehrt. Dann sei die direkte Verbindung unter Umständen auch nicht so gegeben. Nach seinem Kenntnisstand sei die meiste Zeit des Tages durch einen Shuttleservice die Verbindung gewährleistet. Man müsse wohl den Anbieter wechseln. Er erkundigt sich, wie sich die Verlängerung vor diesem Hintergrund darstellt.

KTM Prof. Dr. Klapdor antwortet, dass aus Gesprächen deutlich geworden sei, dass die Studierenden sich beklagen. Ob und wie gut die Probleme behoben werden können, könne man jetzt noch nicht sagen. Daher sollen Gespräche geführt werden und die Umsetzbarkeit geprüft werden.

KTM Franken bringt seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass der Antrag für die Schnellbuslinie zum Thema Reaktivierung der Schienenverbindung gestellt wurde. Unter Nichteinhaltung der Antragsfrist sei beabsichtigt, für öffentliches Aufsehen zu sorgen. Es hätte genügt, den Antrag für den Fachausschuss zu stellen. Zu dem Antrag seiner Fraktion sei zu sagen, dass er froh sei, dass zumindest unter Punkt 1 des Beschlussvorschlages das Wort "danach" eingefügt worden sei. Noch lieber wäre ihm gewesen, wenn die Worte "danach sofern gewünscht" eingefügt worden seien. Aus dem Haushalt sei ersichtlich, dass die Mittel nur zur Verfügung stehen sollen, wenn die Anrainer mit dem Verfahren einverstanden sind. Der dritte Teil des Antrages seiner Fraktion beziehe sich auf die administrative Ebene. Daher sei der Gedanke eines euregionalen Projektbüros auf den Weg gebracht worden. Wenn die Euregio als neutraler Moderator akzeptiert worden wäre, wäre man auch bereit gewesen, den dritten Punkt des Antrages zurückzuziehen. Die Region solle bei dem Thema mit einer Stimme sprechen. Man habe 1 1/2 Jahre vertan und es sei traurig, dass jetzt erst wieder der Landrat beauftragt werden müsse. Dieser hätte selbst aktiv werden müssen.

KTM Düllings ist der Ansicht, dass KTM Franken den Antrag nicht richtig verstanden habe. Es gehe um den Personennahverkehr und somit sei der ergänzende Antrag nicht zusammenhangslos. Im Fachausschuss sei ausführlich diskutiert worden und dort habe er den Eindruck gehabt, dass die SPD ihren Antrag möglicherweise zurückzieht. Es sei wichtig, dass die Initiative ergriffen werde. Tatsächlich sei gewollt, dass zuerst mit den Anrainerkommunen gesprochen werde. Die Möglichkeiten müssen ausgelotet werden. Erst danach könne man überlegen, die Runde zu erweitern. Zum jetzigen Zeitpunkt würde das Verfahren nur verkompliziert.

KTM Eicker stellt klar, dass ihre Fraktion nicht signalisiert habe, dass der Antrag zurückgezogen werde.

KTM Franken beantragt die getrennte Abstimmung über die einzelnen Punkte des Beschlussvorschlages.

Abstimmungsergebnis:

zu 1: einstimmig

zu 2: einstimmig bei 2 Enthaltungen

zu 3: mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen

zu 4: einstimmig

Beschlussvorschlag:

1. Der Landrat wird beauftragt, Gespräche mit den deutschen und niederländischen Anrainer-Kommunen der Bahnstrecke Kleve – Nijmegen zu führen und danach ein Mediationsverfahren zur Reaktivierung der Schienenverbindung von Kleve nach Nijmegen in die Wege zu leiten.

Er wird darüber hinaus beauftragt zu prüfen, ob und welche weiteren Beteiligten im Verlauf des Projektes einbezogen werden sollen. Das Erfordernis der Mitwirkung weiterer Akteure sollte sich aus den Gesprächen mit den Anrainer-Kommunen ergeben.

Dem gemeinsamen Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und FDP vom 25.11.2014 wird insofern entsprochen.

2. Der Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE/PIRATEN vom 04.12.2014 wird abgelehnt.

3. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 05.03.2015 wird abgelehnt.

4. Der gemeinsame Ergänzungsantrag der Kreistagsfraktionen von CDU und FDP vom 17.03.2015 wird zur Vorberatung in die nächste Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung verwiesen.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 186 /WP14
Vorlage Nr. 186b /WP14

Regionalplan Düsseldorf (RPD);
Stellungnahme des Kreises Kleve zum Entwurf

Landrat berichtet von der mehrheitlichen Beschlussempfehlung zum Beschlussvorschlag der Verwaltung bei 2 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen im Fachausschuss.

KTM Franken führt aus, dass seine Fraktion die Stellungnahme der Verwaltung aufmerksam durchgegangen sei und zu dem Ergebnis gekommen sei, dass es sicherlich Nuancen gebe, wo tiefer in die Diskussion eingestiegen werden könnte. Um dies zu vermeiden, habe seine Fraktion versucht, die wichtigsten Inhalte zusammenzufassen. Die vier Punkte, die aus dem Ergänzungsantrag hervorgehen, sollen dem Beschlussvorschlag vorangestellt werden. Es sei somit beabsichtigt, dass die Punkte 1-4 des Antrages im Beschluss aufgenommen werden. Seine Fraktion beantragt weiterhin, den Satz "Auch gegen die Darstellung von Windenergiebereichen im Reichswald bestehen Bedenken" auf Seite 17 der eigentlichen Stellungnahme zu streichen. Dies sei ein Anliegen der Gemeinde Kranenburg, welches nicht berücksichtigt worden sei. Weiterhin würde die Stellungnahme von großflächigen Darstellungen der Windenergie im Reichswald sprechen. Dies würde man in den Gremien in Kranenburg anders sehen.

KTM Sickelmann verweist auf die ausführliche Stellungnahme ihrer Fraktion. Die Stellungnahme zum Entwurf werde nicht mitgetragen. Der flächenschonende Umgang mit der Natur werde torpediert. Ausdrücklich unterstützt werde die Verwaltung bei den Ausführungen zu Kapitel 5 zur Windenergie. Die Bedenken würden geteilt. Die Flächen seien in der inneren Wasserschutzzone ausgewiesen. Der Reichswald habe schon Probleme mit der Einhaltung der Nitratwerte. Wenn man

die Schutzleistung der Böden reduziere, sei dies nicht gut fürs Trinkwasser. In dem Ratsbeschluss der Gemeinde Kranenburg würde eine Berechtigung gesehen. Es seien Windenergiebereiche dargestellt, die wesentlich mehr seien als die 12 Mühlen. Den Ergänzungsantrag der SPD kann ihre Fraktion so nicht mittragen. Die Punkte 2-4 widersprechen der Zielvorstellung ihrer Fraktion. Bei einer rückläufigen Bevölkerungsentwicklung müsse man zu dem Ziel einer Flächenverminderung kommen.

KTM Düllings merkt an, dass seit 1 Jahr sehr intensiv diskutiert werde. Im Vorfeld sei eine entsprechend gleiche Linie gefunden worden. Diese würde sich jetzt in der Stellungnahme wiederfinden. Das Problem in Kranenburg sei sehr sensibel zu betrachten und finde sich in der Stellungnahme wieder. Der Ergänzungsantrag der SPD sei keine Bereicherung. Im Aufbau der Stellungnahme seien bereits 6 Punkte vorangestellt, die für die gesamte Stellungnahme bedeutsam seien. Eine weitere Einleitung sei nicht notwendig und werde abgelehnt. Im Fachausschuss habe KTM Dr. Prior eine gute Anregung gegeben. KTM Dr. Prior habe darauf hingewiesen, dass die Bedeutung der Hochschule Rhein-Waal für die Region in der Stellungnahme deutlich gemacht werden sollte. Dies wurde im Fachausschuss begrüßt aber nicht explizit beschlossen. Daher sollte jetzt eine Ergänzung vorgenommen werden.

KTM Dr. Prior bringt zum Ausdruck, dass ihn gestört habe, dass nach seiner Wahrnehmung im Vergleich zu anderen Regionalplänen in Nachbarregionen eine extreme Kontrastierung stattgefunden habe. Düsseldorf sei die einzige Kommune, bei der Hochschule erwähnt werde. Es solle zumindest ein Signal gesetzt werden. Daher solle die Hochschule erwähnt werden. Auch solle die verarbeitende Industrie näher spezifiziert werden. Er bietet an, bis zur Kreistagssitzung eine Formulierung zu fertigen.

KTM Ulrich versteht nicht, was die SPD-Fraktion mit dem Änderungsantrag bezweckt. Es sei eine Stellungnahme zum Entwurf gefordert und nichts anderes. Da der Antrag unnötig sei, werde er abgelehnt. Auch der mündliche Antrag auf Streichung des Satzes im Kapitel 5.5.1 werde abgelehnt. Ihres Wissens resultiere der Satz aus einem Kreistagsbeschluss. Ihre Fraktion habe sich intensiv mit der Thematik befasst und verstehe auch, dass man unterschiedliche Sichtweisen haben kann. Die Kommunen sollen die entsprechenden Möglichkeiten haben, Planungen voranzutreiben, müssen aber die Gründe der Bereichsdarstellung jeweils nachweisen und die planungsrechtlichen Vorgaben erfüllen. Aus dem ersten Satz der Stellungnahme werde deutlich, dass diese in enger Abstimmung mit den Kommunen erarbeitet worden sei. Die SPD solle ihren Vorschlag zurückziehen.

KTM Eicker äußert, dass eigentlich vermieden werden sollte, dass nochmals in die Diskussion eingestiegen werde. Sie möchte auf einen Punkt jedoch hinweisen. Im Punkt 1 des Ergänzungsantrages gehe es um den Schutz von Natur und Landschaft im Verhältnis zur wirtschaftlichen Entwicklung. Dieser Punkt komme in der Stellungnahme der Verwaltung zu kurz.

KTM Prof. Dr. Klapdor begrüßt den Vorschlag von KTM Dr. Prior und schlägt vor, dass über die Änderung im Kreistag beschlossen wird. Die Anträge der SPD seien nicht sinnvoll. Für Kranenburg habe er Verständnis, aber Bedenken bzw. eine restriktive Handhabe seien aus Kreissicht in Ordnung.

Kreisausschuss lehnt den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 17.03.2015 mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen ab.

Kreisausschuss lehnt den mündlichen Antrag der SPD-Fraktion (Streichung des Satzes auf S. 17) mehrheitlich bei 4 Gegenstimmen ab.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 6 Gegenstimmen

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des Beteiligungsverfahrens die als Anlage 1 zu dieser Vorlage beigefügte Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Düsseldorf (RPD) abzugeben.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 183 /WP14

Anpassung von Landschaftsplänen des Kreises Kleve an kommunale Bauleitplanungen im Zusammenhang mit der Ausweisung von Konzentrationszonen für Windenergie;

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 10 - Weeze

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 11 - Kevelaer

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 12 - Geldern/Walbeck

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 14 - Straelen/Wachtendonk

Landrat berichtet von der mehrheitlichen Beschlussempfehlung bei 2 Gegenstimmen im Fachausschuss.

KTM Düllings bringt sein Bedauern zum Ausdruck, dass es nicht zu einer einstimmigen Beschlussempfehlung gekommen sei.

KTM Dr. Prior merkt an, dass seine Fraktion nur mit einem kleinen Teil nicht einverstanden sei. Da es sich aber um ein Gesamtpaket handele, werde der Beschlussvorschlag abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Gegenstimmen

Beschlussvorschlag:

1. Die Erwiderungen der Verwaltung (Beschlussentwurf) zu den Hinweisen, Anregungen und Bedenken, die von den Eigentümern der von den Änderungen betroffenen Grundstücke und den von den Änderungen berührten Trägern öffentlicher Belange im Rahmen des vereinfachten Verfahrens nach § 29 (2) LG abgegeben wurden, werden zum Beschluss erhoben.

2. Die Unberührtheitsregelungen der Landschaftspläne des Kreises Kleve:

- Nr. 10 - Weeze;
- Nr. 11 - Kevelaer,
- Nr. 12 - Geldern/Walbeck
- Nr. 14 - Straelen/Wachtendonk

werden für die Konzentrationszonen für Windenergie:

A. Stadt Kevelaer

„Rietweyen“

B. Stadt Straelen

„Loehrheide“

„Deponie Pont“

„Wanderpesch Herongen“

„Herongen südlich der BAB 40“

C. Gemeinde Weeze

„Kalbeck“

„Baaler Bruch“

wie folgt erweitert:

Unberührt bleiben, soweit durch besondere Bestimmungen für die einzelnen Landschaftsschutzgebiete nichts anderes bestimmt ist:

die Errichtung von Windenergieanlagen im Bereich von Konzentrationszonen des Flächennutzungsplanes; für die damit verbundenen Ver- und Entsorgungsleitungen ist eine Ausnahme zu erteilen, wenn das Vorhaben § 26 (2) BNatSchG nicht entgegensteht.

Der Geltungsbereich der Unberührtheit ist in der Kartendarstellung gelb umrandet dargestellt.

3. Die unter Ziff. 2 genannten Landschaftspläne werden einschließlich der geänderten Eintragungen, die sich aus den Beratungen über die Hinweise, Anregungen und Bedenken ergeben haben, als Satzung beschlossen.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 184 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 4 - Rees;

Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Stadt Rees (50. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Rees und Bebauungsplan HM 19 "Nördlich der Deichstraße")

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung des Fachausschusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Vorbehaltlich der landesplanerischen Zustimmung erhebt der Kreis Kleve als Träger der Landschaftsplanung unter der Voraussetzung keine Bedenken gegen die Änderung der Bauleitplanung der Stadt Rees, dass die in der Begründung zum Bebauungsplan aufgeführten Vermeidungs-, Verminderungs- und Kompensationsmaßnahmen zur Ausführung kommen und ermittelte Defizite ausgeglichen werden. Die hierzu erforderlichen externen Maßnahmen sind einvernehmlich mit der unteren Landschaftsbehörde abzustimmen und in den Satzungsbeschluss aufzunehmen.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 198 /WP14

Landschaftsplan des Kreises Kleve Nr. 15: Kerken/Rheurdt;

Anpassung des Landschaftsplans an die kommunale Bauleitplanung der Gemeinde Kerken (35. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Kerken - St. Huberter Straße)

Landrat berichtet von der einstimmigen Beschlussempfehlung im Fachausschuss.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Kleve erhebt als Träger der Landschaftsplanung unter den Voraussetzungen keine Bedenken gegen die Änderung der Bauleitplanung der Gemeinde Kerken, dass:

- eine noch zu fertigende FFH- Prüfung keine erheblichen Beeinträchtigungen ermittelt,
- sichergestellt wird, dass das Maß der baulichen Nutzung auf die vorhandenen Gebäude und Gebäudeteile mit den vorhandenen Stellplätzen, Zufahrten und Nebenanlagen beschränkt bleibt,
- die beabsichtigte Flächennutzungsplanänderung in einem Bebauungsplan konkretisiert wird und
- auf der Grundlage einer qualifizierten Eingriffs-/Ausgleichsbilanzierung unter Beachtung des Artenschutzes die erforderlichen Maßnahmen zur Eingriffsvermeidung, zur Eingriffsminimierung und zum Ausgleich bzw. Ersatz der unvermeidbaren Eingriffe in Natur und Landschaft festgesetzt werden.

Zu Punkt 7 der Tagesordnung:

Mitteilungen

KTM Heinrichs teilt mit, dass er am 26.02.2015 behauptet habe, dass die Gemeinde Kerken das Thema Kommunales Integrationszentrum behandelt habe und die SPD-Fraktion im Rat gegen die Einrichtung gestimmt habe, da es sich um eine Kreisangelegenheit handele. Diese Behauptung sei nicht richtig und werde von ihm hiermit zurückgenommen. Er habe mit dem Bürgermeister gesprochen und dieser kenne das Schreiben der Kreisverwaltung gar nicht.

Windmüller
(Schriftführerin)

Spreen
(Landrat)